



AIM

Healthcare and
social benefits
for all

**SPECIAL
BRIEFING**

BRÜSSEL
November 2023



Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

Zu Beginn unserer Generalversammlung erinnerte ich daran, dass die AIM vor nunmehr 25 Jahren aus der Schweiz nach Brüssel umgezogen ist. Die damalige Entscheidung hat sich als richtig erwiesen: Brüssel ist nicht nur das Zentrum der Europäischen Institutionen, sondern auch die Bühne für zahlreiche internationale Kontakte und Treffen.

Ich sagte ebenfalls, dass wir in turbulenten Zeiten leben. Ich will die Beispiele hier nicht wiederholen - Sie alle kennen sie. Doch sind, geopolitisch und in vielen Ländern auch innenpolitisch, unsere gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht. In solchen Zeiten ist internationale Kooperation besonders wichtig, in Europa und weltweit. Eine Kooperation, die nicht abstrakt bleibt und über die Köpfe der Menschen hinweg geschieht, sondern die konkrete Formen annimmt. Wir müssen zeigen, dass internationale Kooperation unsere Probleme lösen und den Menschen unnötige Ängste und Unsicherheiten nehmen kann. So zeigen wir auch, dass jene, die in Nationalismus und trügerische Nostalgie verfallen, die falschen Lösungen anbieten und die Probleme letztendlich nur erschweren.

Dieses Special Briefing informiert sie über alle interessanten Treffen in Brüssel. Zwei Themen möchte ich herausstellen: die Rolle von Gegenseitigkeitsgesellschaften in der Sozialwirtschaft sowie unsere Vorbereitung auf die kommenden EU-Wahlen. Beide Themen stellen Solidarität als zentralen Wert unserer Gesellschaften heraus und betonen, dass nur ein soziales Europa eine Zukunft hat.

Unsere Fürspracheaktivitäten in Brüssel sind erfolgreich gestartet und wir konnten wertvolle Kontakte knüpfen. Diese Kontakte werden wir in den kommenden Monaten intensivieren, um die Forderungen unseres Memorandums zu verdeutlichen. Ich bitte alle europäischen AIM-Mitglieder, unsere Botschaft auch an die EU-Parlamentskandidaten ihrer Heimatländer zu richten.

Die internationale Aufmerksamkeit für die Gegenseitigkeit wächst, unsere Rolle in der Sozialwirtschaft erfährt zunehmende Anerkennung. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern werden wir weitere Fortschritte in dieser Frage erzielen, national wie international. Denn es sind eben Gegenseitigkeitsgesellschaften, die in diesen schwierigen Zeiten zu sozialem Schutz und sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Wir gehen dem Ende des Jahres entgegen. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage und ein gutes Neues Jahr. Lassen Sie uns dabei auch an jene denken, die kein Fest erleben werden, die vertrieben sind und in Armut oder Unsicherheit leben. Hoffen wir, dass es für diese Menschen im neuen Jahr auch einen neuen Hoffnungsschimmer gibt.

Ich freue mich darauf, Sie im Juni 2024 in der schönen Stadt Prag zu unserer nächsten Generalversammlung begrüßen zu dürfen.

Loek Caubo



Ausschuss Lateinamerika

Die Rolle von Gegenseitigkeitsgesellschaften zur Sicherung hochwertiger Langzeitpflege

26. Oktober - Der AIM-Ausschuss für Lateinamerika diskutierte über globale Herausforderungen durch den demografischen Wandel, zunehmende Komorbidität und der daraus resultierenden Nachfrage nach Langzeitpflege (LZP). Der Ausschuss erhielt Einblick in die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung, gefolgt von einem Austausch über bewährte Verfahren in der Langzeitpflege.

Jessica Carreño Louro, AIM-Koordinatorin der Arbeitsgruppe Langzeitpflege, führte zunächst die Kernanliegen der EU-Strategie aus. Bei einer EU-weiten Zunahme an langzeitpflegebedürftigen Personen auf geschätzte 38,1 Millionen im Jahr 2050 (+ 23,5% im Vergleich zu 2019) wolle die Strategie richtigerweise hochwertige, erschwingliche und zugängliche Pflege sichern und die Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Work-Life-Balance für Pflegenden verbessern. Die Strategie sei angesichts der

begrenzten Kompetenz der Kommission in Gesundheit und LZP rechtlich nicht bindend. Dennoch seien die Mitgliedstaaten einige Verpflichtungen eingegangen, um den LZP-Sektor zu stärken, darunter die Benennung nationaler LZP-Koordinatoren und die Vorlage von Maßnahmenplänen und Fortschrittsberichten. Die Kommission möchte die Fortschritte über das EU-Semester verfolgen, derzeit werde ein sektorspezifisches EU-Indikatorensystem in Kooperation mit den Mitgliedstaaten erarbeitet.

Im Anschluss berichteten die Mitglieder über ihre Erfahrungen.

Nazly Beltrán, Gestarsalud (Kolumbien), stellte bewährte Verfahren in der umfassenden und innovativen Versorgung durch EPS der Gestarsalud vor. Diese hätten das Risikomanagement deutlich verbessert. 29% der Versicherten bei Mutual Ser, einer EPS mit 2,5 Mio. Mitgliedern, seien in einer der 20 Risikokategorien der Kasse erfasst. 2022 verzeichnete jede Kategorie einen Zuwachs um 20%. Nach Bestimmung der Risikogruppen werden die Patienten mittels der Plattform „zona ser“ (ein Kommunikationstool, das in Echtzeit die Berechtigungsabfrage für Patienten und gleichzeitig den Kontakt zum Leistungserbringer ermöglicht) identifiziert, gruppiert und einer Risikoabschätzung unterzogen. Anschließend erhält der Patient Zugang zum Versorgungsnetz der Pflegeanbieter. Jeder Bereich unterliegt einem eigenen Pflegeprotokoll, feste Kennzahlen erlauben es Mutual Ser, permanent die Fortschritte der einzelnen Programme zu sichern und zu überwachen. Nazly berichtete ebenso, wie die „Anas Wayuu“, deren Mitglieder zu 72,18 % der indigenen Bevölkerung entstammen und vorwiegend in ländlichen Gegenden (65,24%) leben, den Versorgungszugang sicherstellt.

Arielle Garcia, FNMF Frankreich, erklärte, wie Mutualitäten in Frankreich die über 2900 Pflege- und Hilfsdienste managen. Ein Beispiel ist das Zweigenerationenhaus A.I.M.E.R in Limoges, in dem ältere Menschen mit einer beginnenden Pflegebedürftigkeit bzw. kognitiven Leiden, in einem sicheren und angenehmen Wohnumfeld mit Studierenden aus dem Gesundheitswesen unter einem Dach leben. Auch für letztere ist das Leben in dem Zwei-Generationen-Haus ein Plus. Sie zahlen eine geringe Miete und ihr Engagement für die Senioren wird über einen studentischen Arbeitsvertrag von 2 Stunden pro Woche honoriert. Das Gebäude verfügt über ein Automatisierungs- und Beleuchtungssystem, elektrische Rollläden sowie zentralisierte Kontroll- und Fernassistenzsysteme für ein Höchstmaß an Sicherheit und Reaktivität im Bedarfsfall.

Rodrigo Geroni, FeNAMMF (Argentinien), beschrieb die Aktivitäten des Gegenseitigkeitsverbandes Handel, der dem argentinischen Angestelltenverband der Handels- und Dienstleistungsbranchen, FAECYS, angeschlossen ist. Er sichert in Argentinien den Sozialschutz für 1,2 Mio. Werk-tätige. Die Versicherungsbeiträge seien dem schwachen Lohnniveau entsprechend niedrig, zudem liege der Anteil von Schwarzarbeit bei 40%, was zu Brüchen im Solidarsystem führt. Hier spielen Gegenseitigkeits-gesellschaften eine entscheidende Rolle, sie sichern Versorgung, wo die Sozialversicherung nicht mehr greift, die Pflege älterer Menschen eingeschlossen. Ein Hauptproblem sei die mangelnde finanzielle Förderung. Um den Pflegebedarf zu begegnen, möchte die FeNAMMF Gegenseitigkeitsversicherer mit Pflegegenossenschaften zusammenzubringen. Daneben bildet sie in Kooperation mit Hochschulen Personen für den



Aufbau von Genossenschaften aus.

Nora Landart, CAM (Argentinien), erläuterte, wie die CAM die Rolle von Gegenseitigkeitsgesellschaften in der Pflege anhand konkreter Erfahrungen untersucht und neu denkt. Nach Erläuterung der theoretischen, methodologischen, ethischen und politischen Aspekte führt sie die strategische Planung aus, welche die CAM den Gegenseitigkeitsgesellschaften vorschlägt. Diese soll helfen, innerhalb des Genossenschafts- und Gegenseitigkeitssektors die Schwächen der einen durch die Stärken der anderen auszugleichen und umgekehrt. Die Strategie beinhalte die Fortbildung von Führungskräften, was in Zusammenarbeit mit der Universität geschehe. Nora beschrieb abschließend das Pilotprojekt „cuidarte bien“ in der argentinischen Provinz Córdoba. „Cuidarte bien“ sei eine von der CAM geschaffene Pflegegenossenschaft, in der 55 Gesundheitsfachkräfte ihre Dienste anbieten. So leistet die CAM einen Beitrag zur integrierter, zugänglicher und hochwertiger Langzeitpflege.

Julio Martinez von der Asociación Española (Uruguay) erklärte, dass in Uruguay zwischen Gesundheitspflege, von Prävention über Gesundheitsförderung bis hin zu palliativer Versorgung, und Langzeitpflege für pflegebedürftige Personen, welche in der Verantwortung des staatlichen Pflegesystems liegt, eine strikte Trennung vorgenommen werde. Ursprünglich konzentrierte die Asociación Española sich auf gesundheitliche Versorgung. Der Anstieg der Lebenserwartung jedoch habe die Organisation zu ersten Pflegeprojekten veranlasst, zumal der Altersdurchschnitt unter den Versicherten deutlich über dem der Gesamtbevölkerung liege und das Thema Pflege somit in hohem Maße an Bedeutung gewinne. Der Verband leiste häusliche Pflege, medizinisch wie grundpflegerisch, und biete ein Heiminteraktionssystem sowie palliative Pflege an. 2015 wurde zusätzlich die gemeinnützige „Familia Acompañantes“ gegründet, die Patienten in Sanatorien und in ihrem Zuhause betreut. Vor einem Jahr übernahm die Española zudem die Senioreneinrichtung „Hogar Español“.

Vizepräsident Alejandro Russo verwies in seiner abschließenden Zusammenfassung nochmals auf die Bedeutung des Themas Langzeitpflege. Dieses werde auch in den kommenden Jahren auf der Agenda des Ausschusses und der AIM stehen.



AIM-Ausschuss für Afrika und den Mittleren Osten

Verbessertes Qualitätsmanagement und Zugang zu universellem Gesundheitsschutz

Brahima Traoré, Generaldirektor der MUGEFCI, stellte die ‚Carte Unique Intelligente‘ (CUI) vor, welche die elektronische Erfassung der Kassenleistungen ermöglicht.

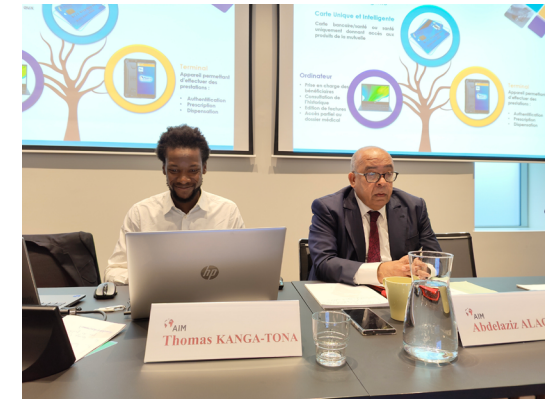
Die Karte bietet:

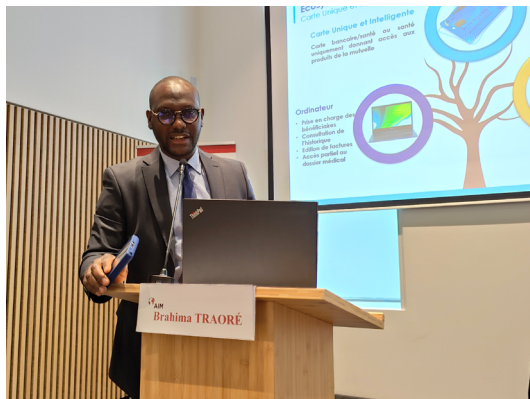
- einen erleichterten Versorgungszugang, indem sie ärztliche Verschreibungen und Leistungen entmaterialisiert, sowie den Zugriff auf eine elektronische Patientenakte
- sichere Transaktionen und eine gestärkte Kontrollfunktion im Kontakt mit der Krankenkasse
- Unterstützung bei der zentralen, internetbasierten Finanzverwaltung, die sich mit dem Anbieternetz koppeln lässt

Das CUI-Ökosystem besteht aus der Karte, die den Versicherten den Zugang zu den Kassenleistungen ermöglicht, sowie einem Computer, über den Fachkräfte und Krankenkasse die Leistungsempfänger erfassen, Leistungen konsultieren, Rechnungen ausstellen und einen teilweisen Zugang zur Patientenakte erhalten. Hinzu kommt ein Terminal, der zur Authentifizierung und der Ausstellung von Rezepten oder Krankschreibungen dient. Insgesamt 4775 Partner der MUGEFCI setzen die Karte bereits ein, weitere 1926 werden folgen. Bei der Auslesung der Karten, dem Austausch der Versicherungsdaten mit Dritten und einzelnen anderen Aspekten bei der Nutzung der Terminals bestehe Verbesserungspotenzial. Dazu kooperiere die MUGEFCI mit dem Unternehmen FAMOCO, welches die Leistungsfähigkeit von Karte und Terminal hinsichtlich Datenschutz, Lesbarkeit und Authentifizierung sowie Nutzungskomfort erhöhen soll.

Abdelmounaïme Sami, Verwaltungsratsvorsitzender der MUPRAS, referierte über das verbesserte Qualitätsmanagement bei Krankenkassenleistungen über ISO 9001. Die Entscheidung der MUPRAS, auf die Erfüllung dieser Qualitätsmanagementnorm hinzuwirken, habe sich aus mehreren Faktoren genährt. So wolle die MUPRAS das Vertrauen vonseiten ihrer Versicherten und Partner erhöhen, ihre Glaubwürdigkeit und ihr Image verbessern sowie die eigene Position im marokkanischen Gesundheitssystem zu stärken. Die ISO-9001-Zertifizierung erlaube dank genau definierter Verfahren die Minimierung von Fehlern und habe eine offene und transparente Kommunikation innerhalb der MUPRAS gefördert. Sie ermögliche gleichsam die Durchführung von Audits, um eine kontinuierliche Verbesserung und die Durchführung von Korrekturen zu gewährleisten. Hinzu komme eine interne Effizienzsteigerung, die mit verbesserter Kostenkontrolle einhergeht. Rückerstattungsanträge werden innerhalb von fünf Tagen bearbeitet, Anträge zur Kostenübernahme innerhalb von 48 Stunden. Die Zertifizierung habe gleichfalls die Sozialhilfe gestärkt. Im Laufe des Zertifizierungsverfahrens seien von den Beschäftigten Prozeduren, interne Dokumente und Leistungskennzahlen erstellt worden.

Die folgende Diskussion stand unter dem Titel „Wege zu einem wirksamen Zugang der Bevölkerung zum universellen Gesundheitsschutz in starken Gesundheitssystemen“. Henri Kamvunze, Exekutivsekretär der POMUCO (Förderplattform der Krankenkassen in der DR Kongo), berichtete über die Fortschritte bei der Schaffung des universellen Gesundheitsschutzes (engl. UHC) in seiner Heimat. Im März 2023 erließ der Präsident der DR Kongo ein Gesetz zum UHC, das die bestehenden rechtlichen Vorgaben vom 13. Dezember 2018 modifiziert und erweitert. Es sieht drei Formen der Krankenversicherung vor: Pflichtversicherung, Zusatzversicherung sowie medizinische Assistenz für mittellose Personen. Diese Gruppen sind jeweils weiter unterteilt. Dank der





Fürsprache der Gegenseitigkeit auf Basis von Lomé-Plattform und Dakar-Erklärung erhielt ein Vertreter der Bewegung einen Sitz im UHC-Lenkungsausschuss. Die Gegenseitigkeitsgesellschaften können wählen, ob sie sich auf die Beitragserhebung konzentrieren oder darüber hinaus mit dem strategischen Einkauf von Pflegeleistungen betraut werden wollen. Derzeit fehlten allerdings noch die rechtlichen Grundlagen für die Beitragserhebung und die Schaffung von Gegenseitigkeitsverbänden, die als Schnittstelle im Beitragswesen fungieren.

Babacar Ngom, Verwaltungsratsvorsitzender der senegalesischen Krankenkasse für Staatsbedienstete (MSAE), berichtete im Anschluss über den Beitrag der MSAE zum Gesundheitsschutz im Senegal. Die MSAE versichert Staatsbedienstete, die in Behörden, an Universitäten, in Gebietskörperschaften und staatlichen Betrieben beschäftigt sind. Verrentete, entsandte oder arbeitssuchende Versicherte behalten ihren Leistungsanspruch. Daneben kooperiert die MSAE mit Berufsverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Gemeinden, um auch nicht versicherten Bevölkerungsgruppen Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Zwischen 2018 und 2023 hätten 8470 Personen die Leistungen der MSAE in verschiedenen Bereichen genutzt: Sensibilisierung, Prävention (Konferenzen, Wanderungen), Blutspenden für Krankenhäuser und Blutbanken sowie die Eröffnung von Versorgungszentren (medizinisch-soziale Zentren, Zahnarztpraxen), die nicht versicherten Personen Versorgung zum Sozialtarif bietet. Im Jahr 2022 wurden in den fünf Zahnarztpraxen der MSAE 13126 Patienten behandelt, davon 2109 Versicherte sowie 11017 Unversicherte.



Gemeinsamer Ausschuss

Eine florierende Sozial- und Solidarwirtschaft: Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen für welche Gegenseitigkeitsgesellschaften?

Nach einleitenden Worten von Loek Caubo präsentierte Chantal Line Carpentier, Co-Vorsitzende der UN Task Force für Sozial- und Solidarwirtschaft (UNTFSSSE), die UN Resolution ‚Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft für nachhaltige Entwicklung‘. Diese wurde im April angenommen, gefördert von Chile, dem Senegal und Spanien sowie mit Unterstützung aus Frankreich. Weitere Unterstützer kamen hinzu. Die Resolution übernimmt die Definition für Sozial- und Solidarwirtschaft (engl. SEE) der Internationalen Arbeitskonferenz vom Juni 2022. Die vier operativen Kapitel sollen die Mitgliedstaaten, UN-Behörden sowie multilaterale, internationale und regionale Finanzinstitutionen dazu ermutigen, SEE als mögliches Modell für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Zudem fordert sie einen UN-Bericht über die Ressourcen, die zur Implementierung der Resolution bereitstehen. Die UNTFSSSE stärkt derzeit ihre Lenkungsfunktion und erstellt ihr strategisches Programm 2024-2026. Die fünf Prioritäten: 1. Unterstützung der UN-Mitgliedstaaten bei politischen Maßnahmen und rechtlichen Vorgaben zu SEE; 2. Bildungsförderung & Kapazitätenbildung im Bereich SEE; 3. Verstärkte Lokalisierung von SEE; 4. Förderung wirksamer Finanzierung sowie sozial- und solidarwirtschaftlicher Körperschaften und 5. die statistische Erfassung der Wirkung von SEE.

Simel Esim, Co-Vorsitzende der UNTFSSSE, stellte die Resolution der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vor, welche würdige Arbeit und eine soziale und solidarische Wirtschaft fordert. Esim zufolge sei von hoher Bedeutung, dass die Definition von Sozial- und Solidarwirtschaft deren verschiedene Erscheinungsformen umfasst und Informalität betont. Nun stehe die Umsetzung auf nationaler Ebene an, dabei gelte es die Hindernisse zu benennen und zu überwinden. Die IAO habe einen 7-Jahres-Plan zur Umsetzung der Resolution formuliert. Dieser beinhalte Forschung, statistische Erhebungen, Partnerschaften, Entwicklung politischer Strategien, Dialog und Kapazitätenbildung. Dabei konzentrierte die IAO sich auf fünf Bereiche: Pflegewirtschaft, informelle Wirtschaft, gerechter Übergang, Lieferketten und die Rolle der SEE in Krisen- und Postkrisenzeiten. Derzeit liefen Forschungsprojekte in sechs afrikanischen und fünf weiteren Ländern, wo die Definition in nationalen Kontext überführt werde. Zudem entwickle die IAO Richtlinien zur Erstellung gesetzlicher Regelungen für die SSE. Die UNTFSSSE habe ein Tool konzipiert, welches das Bewusstsein für Sozialwirtschaft stärken soll. Frau Esim lud die AIM zur Mitarbeit an allen genannten Aspekten ein.

Zur folgenden Debatte kamen Sarah de Heusch, Direktorin Social Economy Europe, Alejandro Russo, AIM-Vizepräsident für Lateinamerika sowie Abdelaziz Alaoui, AIM-Vizepräsident für die Region Afrika und Mittlerer Osten, aufs Podium. Die Moderation übernahm Alain Coheur, Solidaris-Direktor für Europäische und Internationale Angelegenheiten und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Die Debatte unterstrich, wie bedeutsam es ist, bei den UN Bewusstsein für die Schlüsselrolle der Gegenseitigkeit bei der Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (engl. SDG) zu schaffen.

Sarah de Heusch betonte die positive Wirkung der Resolutionen, diese bestehe unter anderem in der Stärkung regionaler Ansätze wie dem EU-Plan für Sozialwirtschaft. In der EU gebe es ein einzigartiges Momentum, nun gelte es, die Brücken zwischen den einzelnen sozialwirtschaftlichen Familien zu bauen. Sie forderte ebenso spezifische Erhebungen, die den

Mehrwert des sozialwirtschaftlichen Ökosystems zeigen und über Basisindikatoren wie das BIP hinausgehen. Zu untersuchen sei der qualitative Input der Sozialwirtschaft bei sozialer und territorialer Kohäsion sowie sozialer Innovation.

Alejandro Russo betonte die Bedeutung der Resolutionen für die Sozial- und Solidarwirtschaft und insbesondere für Gegenseitigkeitsgesellschaften, da sie den Organisationen, die zu jedem einzelnen SDG ihren Beitrag leisten, globale Sichtbarkeit verleihen. Resolutionen seien die Kerninstrumente, um die Politik in den Ländern der Region zu beeinflussen. Die dortige politische Landschaft sei sehr vielfältig, so Russo mit Blick auf Argentinien, Kolumbien und Uruguay. Sein Heimatland habe ein eigenes Gesetz für Mutualitäten sowie eine staatliche Agentur (INAES) zu deren Aufsicht. In Uruguay bestehe keine Regulierung, Gegenseitigkeitsgesellschaften gelten als private gemeinnützige Vereine. Die Bereitstellung gesundheitlicher Leistungen sei jedoch umfassend geregelt. In Kolumbien liege dem Sozialversicherungssystem das Gesetz 100 von 1993 zugrunde, das zudem die sogenannten „Organisationen zur Förderung der Gesundheit“ (Empresas Promotoras de Salud - EPS) reguliere.

Abdelaziz Alaoui sieht eine ähnliche Diversität an Gegenseitigkeitsgesellschaften und sozialwirtschaftlichen Organisationen in Afrika und dem Mittleren Osten. Die Gegenseitigkeit sei dort seit Beginn des 20. Jahrhunderts präsent. Doch ihre Rolle im Gesundheitssystem unterscheide sich von Land zu Land teils deutlich. In einigen Ländern werde Gegenseitigkeitsgesellschaften eine ambitionierte Rolle anvertraut, in anderen bestünden rechtliche Unsicherheiten, ob die IAO- und die UN-Resolution angenommen werden. Abdelaziz Alaoui wies auf die Bedeutung von Events und Initiativen hin, welche die Empfehlungen im Lokalen umsetzen und die Anerkennung der Gegenseitigkeit auf nationaler Ebene sichern.

Im Gespräch wurden Länder mit bewährten Systemen angeführt: Spanien, das seit 2011 eine gesetzliche und politische Strategie verfolgt, Frankreich mit der gesetzlichen Regelung der Sozial- und Solidarwirtschaft, Senegal mit seinem Gesetz und Ministerium für Sozialwirtschaft, und Argentinien, wo 50% der Bevölkerung einer Genossenschaft oder Gegenseitigkeitsgesellschaft angehören. Konsens bestand darin, alle sozialwirtschaftlichen Akteure zu vereinen und der Gegenseitigkeit einen Platz auf internationalen Foren zu sichern. Daneben stünden Wege zur Kooperation mit IAO und UN offen.



Ausschuss Europäische Angelegenheiten

„Entscheidende Jahre für Solidarität und Gesundheit - AIM-Manifest für die kommenden Europawahlen!“

Thema des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten am 8. November war das AIM-Memorandum „Entscheidende Jahre für Solidarität und Gesundheit!“, das im Hinblick auf die EU-Wahlen im Juni 2024 erstellt wurde. Zur Begrüßung nannte AIM-Präsident Loek Caubo die zukünftigen Herausforderungen: Klimawandel, Demografie, Arzneimittelpreise und gesundheitliche Ungleichheit.

Das erste Podiumsgespräch über die Förderung solidaritätsbasierter und gemeinnütziger Gesundheitssysteme führten Eric Chenut, Präsident der Mutualité Française, und die EU-Abgeordnete Sirpa Pietikäinen. Eric Chenut betonte, dass Gegenseitigkeitsgesellschaften enorm anpassungsfähig seien, wie sich in der COVID-Krise gezeigt habe. So wurden kurzfristig Partnerschaften mit Psychotherapeuten geschlossen und Leistungen entwickelt, die andere Versicherungsunternehmen in dieser Form nicht anbieten konnten. Sirpa Pietikäinen wies auf den zunehmenden Pflegebedarf in der Bevölkerung hin. Sie wünscht, dass die Mitgliedstaaten gemeinnützigen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit die Verantwortung für Pflege übertragen, da diese nicht nach den „profitabelsten Kunden“ Ausschau hielten. Sie bot der AIM eine weiterführende Zusammenarbeit an.

Im Zweiten Panel nahm MdEP Kathleen van Brempt zum Thema „Faire Arzneimittelpreise“ Stellung: Die EU und auch Drittländer brauchten verfügbare und erschwingliche Arzneimittel, Kernproblem sei dabei Transparenz. Ulrike Elsner, vdek-Vorstandsvorsitzende, nannte mit dem Pharma-Paket, der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung und der EU-HTA-Verordnung einige positive EU-Initiativen. Es sei wichtig, Anreize für die Industrie zu schaffen und Transparenz, auch mithilfe von Sanktionsinstrumenten zu gewährleisten. Es sei durchaus normal, dass Preise nicht gesetzlich geregelt seien. Die derzeitige Preisentwicklung jedoch sei für die Sozialversicherung nicht länger finanzierbar. Olga Solomon von der Europäischen Kommission erklärt, dass eine gesetzliche Regelung alleine nicht ausreiche. Auch die Mitgliedstaaten stünden in der Verantwortung.

AIM-Vizepräsidentin Verena Nold und Maya Matthews von der EU-Kommission diskutierten über den Europäischen Gesundheitsdatenraum. Die Kommission habe mit dem Gesundheitswesen begonnen, so Matthews, weil sich dort der höchste Mehrwert erzielen lasse. Verena Nold bekräftigt, dass hochwertige Daten in Telemedizin und KI entscheidend sind. Auch Gesundheitsapps seien wichtig, allerdings bestehe das Risiko, dass besonders vulnerable Gruppen diese nicht nutzen





könnten. Maya Matthews bestätigt die Notwendigkeit von Digitalbildung.

Zum vierten Thema, Gesundheit in allen Politikbereichen, tauschten sich MdEP Manuela Ripa und Rain Laane, CEO des Estnischen Gesundheitsversicherungs fonds, aus. Während Ripa auf eine mangelnde Gesundheitskompetenz hinwies und praktischen Aspekten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einräumen möchte, erläuterte Rain Laane, wie Estland das Thema Prävention in den Mittelpunkt stellt. Die Krankenversicherung heiße fortan Gesundheitsversicherung.

Abschließend sprachen die beiden AIM-Vizepräsidenten Alejandro Russo und Abdelaziz Alaoui über internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf universellen Gesundheitsschutz. Alejandro Russo betonte, dass Gegenseitigkeitsgesellschaften enorm bedeutsam für soziale Themen seien, da sie dank ihrer demokratischen und gemeinnützigen Strukturen der wirksamste Akteur beim Zugang zu gesundheitlicher Versorgung seien. Abdelaziz Alaoui wies auf die Notwendigkeit hin, dass die Mutualitäten ihre Leitungsbereiche erweitern, um den universellen Gesundheitsschutz zu realisieren.

AIM-Geschäftsführerin Sibylle Reichert sagte in ihrem Schlusswort, dass Eric Chenut, Ulrike Elsner, Verena Nold, Rain Laane, Alejandro Russo und Abdelaziz Alaoui die drängendsten Fragen für die kommende Legislaturperiode angesprochen hätten: Digitalisierung, erschwingliche Arzneimittel, Solidarität, Prävention, psychische Gesundheit, Wasserversorgung und Pandemien.





Generalversammlung

AIM nimmt Arbeitsprogramm 2023-2026 an

Die AIM-Generalversammlung im November in Brüssel fand in den Räumlichkeiten unseres belgischen Mitglieds Solidaris statt, erstmals auf nur zwei Tage verteilt, um ein kompakteres und intensiveres Treffen zu erleben. Ein besonderer Anlass ergab sich aus der Tatsache, dass die AIM seit 1998, also seit genau 25 Jahren, ihren Sitz in Brüssel hat. Dies wurde gebührend gefeiert.

Die Eröffnungsrede hielt Solidaris-Generaldirektor Jean-Pascal Labille. Er betonte die Notwendigkeit, den One-Health-Ansatz und Patientenzentriertheit zu stärken. Es gelte, einen sozialen, offenen und demokratischen Staat zu verteidigen, in dem die Schwächsten Schutz erfahren in einem Gesundheits- und Sozialsystem, das auf Gemeinnützigkeit, wie sie die Gegenseitigkeit vorlebt, gründet.

Auf der Generalversammlung konnten wir ein neues Mitglied begrüßen: die senegalesische Krankenkasse für Staatsbedienstete, MSAE.

Die AIM-Mitglieder nahmen die ausführliche Fassung des AIM-Memorandums für die EU-Wahlen an. Die Kurzfassung wurde bereits im Juni in Genf verabschiedet. Die längere Version erlaubt interessierten Personen einen tieferen Einblick in die Forderungen und Vorschläge der AIM.

Die Vizepräsidenten Alejandro Russo, Abdelaziz Alaoui und Verena Nold setzten die Generalversammlung über die jüngsten Entwicklungen in den Regionen Lateinamerika, Afrika/Mittlerer Osten und Europa in Kenntnis. Yannick Lucas informierte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Gegenseitigkeitsgesellschaften, Marion von Wartenberg über die Kommunikation.

Loek Caubo unterrichtete über den Stand der Überlegungen zur finanziellen Zukunft der AIM. Konkrete Vorschläge werden derzeit von Präsidium und internem Prüfungsausschuss erarbeitet.

Die AIM stellte ihr neues Arbeitsprogramm vor, basierend auf den Ergebnissen der Befragung. Die Prioritäten stehen in Einklang mit dem Memorandum. Für die Regionen Afrika/Mittlerer Osten sowie Lateinamerika wurden gesonderte Arbeitsprogramme erstellt.

Zum Abschluss nahm die Generalversammlung die Vorschläge für die Arbeitsgruppenvorsitze an.







Besonderer Dank

Die AIM dankt Frau Ann Deleu, Sandra Leenaerts, Nancy Vandercruyssen und Edwina Randazzo sowie Herrn Bart Ceuppens herzlich für ihre Unterstützung bei der Organisation unserer Sitzungen.

Upcoming meetings

Die nächste Generalversammlung wird **in Prag** am **11. und 12. Juni 2024** statt.



Präsentationen sind auf Anfrage erhältlich.



www.aim-mutual.org

@AIM_Healthcare